für die
volks-
macht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P.b.b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Die Weißmacher



Wir kennen sie alle: den weißen Riesen, den weißen Wirbelwind und die vielen Weißmacher, die wir nie und nimmer gegen die doppelte Menge irgendeines anderen Waschmittels eintauschen würden. Wo immer ein alter Schandfleck auftaucht, da setzt die Wirkung des neuesten Tiefenlösers ein — und selbst die Weste eines Bundespräsidentschaftskandidaten ist wieder strahlend weiß. Der Schmutz ist also keine Angelegenheit, sozusagen kein ungelöstes Problem mehr. Wer sich heutzutage mit Felix-Tomaten-Ketchup die Krawatte bekleckert, dem kann geholfen werden.

Was aber, wenn die Flecken nicht auf Krawatten, sondern auf Landkarten auftauchen? Auch dagegen schien gesorgt. In Chile etwa hat der weiße Riese zugeschlagen, mit geballter Waschkraft, und hat Rot hinaus- und Weiß hineingezwungen. Nur in Indochina breiten sich die roten Flecken immer weiter aus, obwohl die Saubermänner des Weißen Hauses wahrlich keine Kosten und Mühen gescheut haben, um einen blendenden Erfolg zu erreichen. Auch jetzt, ein Jahr nach dem bekannten Vietnam-Waffenstillstand, ist der Saigoner Diktator Thieu vom strahlendsten Weiß seines Lebens entfernter denn je. Ja, die Stimmung in Saigon ist sogar so grauschleierhaft, daß der „Kurier" seinen Berichterstatter Herbert O. Glattauer dorthin entsandte, um nach dem Rechten zu sehen. Und Glattauer, als früherer Popmusikkritiker an rhythmische Klänge gewöhnt, erlauschte Mißtöne: „Das Leben pulsiert nicht, es hämmert einen unregelmäßigen Rhythmus vor sich her. Und doch ist Saigon, die Hauptstadt Südvietnams, still geworden." Warum nur noch unregelmäßig und still gehämmert wird, das erklärt sich dem Leser ein paar Absätze weiter unten: „Die einstige Bordellkette von der Kathedrale bis zum ‚Majestic' ist eine Ruinenstätte, die Bars und Kneipen sind leer." Fürwahr ein Bild des Jammers, wenn man bedenkt, daß früher 500 000 US-Soldaten jährlich eine halbe Milliarde Dollar in dieses größte Bordell der Welt steckten. Aber nicht nur wirtschaftlich, auch militärisch ist die Lage grau in grau. Daß trotz „Waffenstillstand" in ganz Südvietnam gekämpft wird, daran ist — wie ein „persönlicher Ratgeber und Vertrauter von Präsident Thieu" ganz objektiv feststellt — natürlich der Vietkong schuld. Beweis: Die Befreiungsfront hat den Stützpunkt Dak Pek erobert und zerstört. Wobei dem „Kurier"-Leser die Kleinigkeit verschwiegen wird, daß Dak Pek isoliert tief drinnen im befreiten Gebiet lag und dem Saigoner Regime als Ausgangsbasis für Strafexpeditionen gegen die aufmüpfige Bevölkerung diente. Ebenso wird verschwiegen, daß der arme, angefeindete Thieu über die am modernsten ausgerüstete Armee Asiens und über die drittstärkste Luftwaffe der Welt (!) verfügt und davon reichlich Gebrauch macht.



Doch nicht nur die Isolierung seiner vorgeschobenen Stützpunkte, sondern auch die Isolierung seines Regimes in der öffentlichen Meinung bereitet Thieus persönlichem Ratgeber und Vertrautem Sorge, wofür er dem „Kurier" gegenüber den Antiamerikanismus, die rebellische Jugend, Amnesty International und sogar den Weltkirchenrat verantwortlich macht. Auf die Idee, daß die Saigoner Faschisten etwa selbst an ihrem schmutzigen Ruf schuld sein könnten, ist er nicht gekommen. Und der Glattauer auch nicht. Aber letzterer hatte schon als Schlagerkritiker eine Vorliebe für die falschen Töne. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

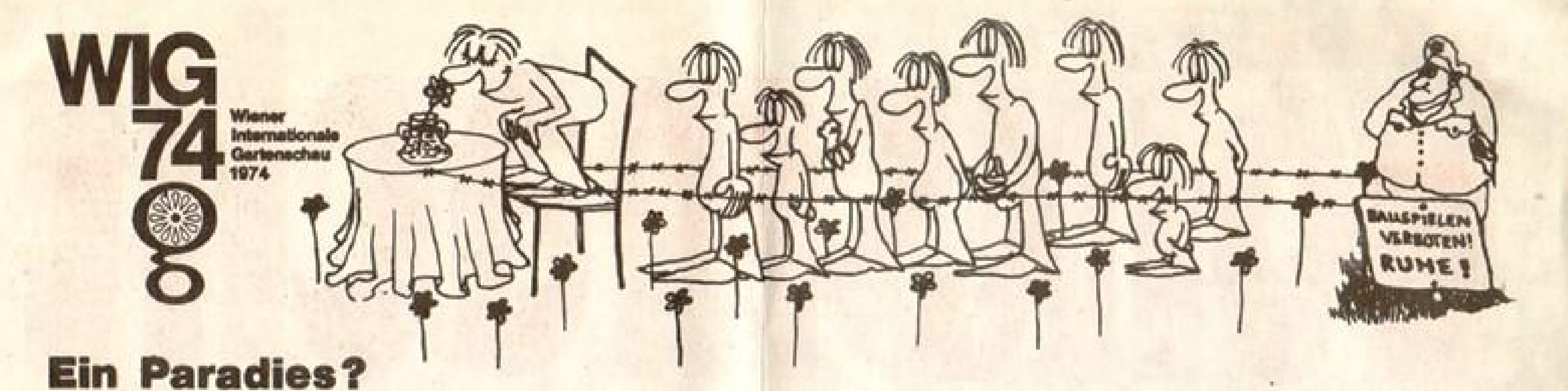
Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 87 · Juni 1974

»Demokraten« unter sich

LUGGER WAR MITGLIED EINER FASCHISTISCHEN ORGANISATION!
NA UND? KIRCHSCHLÄGER AUCH!
Kreisky
Schleinzer

Für eine wahrhaft demokratische Wahl werben die beiden Großparteien: der eine Kandidat war Mitglied der faschistischen Heimwehr, der andere war Mitglied der faschistischen „Vaterländischen Front". (Siehe unsere Artikel auf den Seiten 3 und 4.)



Ein Paradies?

Alle 10 Jahre wieder reiben sich die Geschäftsleute die Hände, wenn ihre WIG, die "Wiener Internationale Gartenschau", eröffnet wird. Daß die WIG mit ihren 10 Millionen Pflanzen nicht das "Paradies" ist, auf dem Laaerberg, merkt das Volk, für das sie angeblich geschaffen wurde, bereits an der Umzäunung und den Eintrittskassen. 25 Schilling muß man bezahlen, um sich Eintritt in das "Erholungsgebiet" zu verschaffen. Da es außerdem noch für Rentner keine Begünstigung gibt, wohl eine sehr teure "Erholung". Auf 25 Kilometern Betonwegen dahingehend, trachtet der Besucher nun die 90.000 Narzissen sowie die 120.000 Rosen zu finden, welche es angeblich zu sehen gibt. Jedoch die Rosen und Narzissen im freien Gelände sind zu einem großen Teil schon längst verblüht, und die restlichen befinden sich in Zelthallen. Um da hineinzukommen sind pro Kopf nochmals 10 Schilling zu zahlen. Hier spätestens dämmert es auch dem noch so gemütlichen Wiener, daß er sich nicht in einem Erholungsgebiet befindet, sondern daß ihm auch hier noch das Geld auf schamloseste Art und Weise aus der Tasche gezogen werden soll.

Traurig erinnern sich diejenigen, welche den Laaerberg mit seinen Teichen noch von der Zeit her kennen, da er noch ein wirkliches Erholungsgebiet war, bevor hier die WIG entstand. Dort, wo viele am Rande des Teiches in der Wiese lagen und sich tatsächlich erholen konnten, dort ist aber heute ein Blumenbeet, dessen Narzissen bereits vor der Eröffnung verblüht sind, und daneben steht eine Tafel: "Das Betreten der Grünflächen ist verboten!" Und für das alles müssen wir auch noch bezahlen.

Die WIG ist ein Beispiel dafür, wie die Sachwalter der Kapitalistenklasse die Steuergelder gegen die Interessen und Bedürfnisse des Volkes verpulvern, damit ein paar Unternehmer ein Bombengeschäft machen. 600 Millionen wurden ausgegeben, um das Erholungsgebiet auf dem Laaerberg zu zerstören und statt dessen die WIG hinzubauen, die eine glatte Verhöhnung der arbeitenden Bevölkerung ist.

Denn kein Mensch, der Erholung sucht, hat wohl das Bedürfnis, dies in einer Einschienenbahn 10 Meter über dem Erdboden zu tun und dafür noch obendrein 10 Schilling zu bezahlen. Auch ist es wohl kein Bedürfnis des Erholungssuchenden, sich Autowracks und Stahlgerüste anzusehen und das auch noch als die "Kunst" der heutigen Zeit zu betrachten. Zu Recht äußerten zu diesen "Kunstwerken" einige Besucher die Meinung, daß sie nicht nur eine Herausforderung an die arbeitende Bevölkerung darstellten, die das alles mit ihren Steuergeldern bezahlen mußte, sondern noch dazu eine gezielte Verblödung des Volkes seien, da so etwas überhaupt nichts mit Kunst zu tun hat.

Was die arbeitenden Menschen brauchen, das ist nicht eine WIG mit 10 Millionen Pflanzen, sondern Grünflächen zwischen den Zinskasernen, genügend Kindergärten, Erholungsmöglichkeiten und Spielplätze in den inneren Bezirken. Wir haben überhaupt nichts davon, wenn vorhandene Parks und Sportplätze Parkplätzen, Großkaufhäusern, Supermärkten, Bürobauten und unerschwinglichen Eigentumswohnungen weichen müssen, während am Stadtrand sogenannte Erholungszentren gebaut werden, in die man nicht einmal seine Kinder schicken kann, weil sie dort die Wiesen nicht betreten dürfen und die Spielplätze, wie auf der WIG, ja sowieso nur aus Beton und Plastik bestehen.

Die WIG dient also keineswegs den erholungssuchenden Werktätigen, sondern ein paar großen Geschäftemachern. Die WIG, die UNO-City und all die anderen Millionen- und Milliardenprojekte sind nichts als die Pyramiden der Herrschenden im 20. Jahrhundert. Solche Projekte sind ein Ausdruck dessen, daß den Kapitalisten und ihrem Staat die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen überhaupt nichts gelten.

F.P. ●

für die
volksmacht
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Lenin[illegible]

Unsere „Wahl":
Kruckenkreuzler oder Hahnenschwanzler?

Welchen Kandidaten kann ein arbeitender Mensch bei dieser Präsidentenwahl wählen? So manchem wird eine solche Entscheidung in der Vergangenheit leichter gefallen sein: Jeder wählte eben den Kandidaten „seiner" Partei. Wobei es natürlich falsch ist, wenn man als mündiger Staatsbürger nur das tut, was einem der jeweilige „Führer" empfiehlt. In der Vergangenheit war es aber tatsächlich so.

Die jetzigen Präsidentenwahlen stehen aber plötzlich unter einem anderen Aspekt. Auf einmal wird vom Faschismus gesprochen, von Gefahren für die Demokratie usw. Plötzlich wird der Österreicher mit der Tatsache konfrontiert, daß das paradiesische Bild gar nicht stimmt, das unserem Land immer aufgeprägt wurde.

Die gewaltige Mehrheit der österreichischen Bevölkerung besteht aus arbeitenden Menschen, und diese müssen die Dinge einzig und allein von ihrer eigenen Warte aus betrachten und entscheiden. Es ist schon vielen klargeworden, daß unter der Regierung Kreisky genauso wie unter der Regierung Klaus und unter den früheren Koalitionsregierungen im wesentlichen immer ein und dieselbe Politik gemacht wurde: nämlich die Profite der Kapitalisten zu erhöhen und deshalb die Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu steigern. Das zeigt sich am deutlichsten darin, daß das Leben ununterbrochen teurer wird und die Werktätigen immer mehr rackern müssen, um leben zu können.

Egal, ob die da oben Kreisky oder Schleinzer, Androsch oder Koren, Benya oder Sallinger heißen — sie sind nur die ausführenden Organe der herrschenden Geldsäcke. Bei der Durchführung ihrer Politik unterliegen sie natürlich den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unweigerlich kommt es da zu schweren wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen, denn stets birgt der Kapitalismus die Gefahr von Geldentwertung und Teuerung, von Arbeitslosigkeit, Not und Elend in sich. Und wenn sich das Volk nicht länger mit Phrasen betrügen läßt, dann drohen ihm die Machthaber mit faschistischer Gewaltherrschaft.

Diese Gefahren waren immer da, sie wurden nur weggeleugnet und sind tatsächlich bei vielen arbeitenden Menschen in Vergessenheit geraten.

Die Herrschaften, die uns gemeinsam ausbeuten und beherrschen, präsentieren uns nun zwei Kandidaten zur Auswahl. (Dabei wollten die Führer von SPÖ und ÖVP ursprünglich den Minister Kirchschläger gemeinsam zum Präsidenten machen, entschlossen sich dann aber doch wieder zu einer „Volkswahl".)

Aber was für eine „Wahl" ist das, zwischen wem sollen die arbeitenden Menschen, vor allem die sozialistischen Arbeiter, wählen? Man bietet ja zwei Kandidaten an, von denen sich herausstellt, daß der eine ein Hahnenschwanzler, der andere ein Kruckenkreuzler war. Fürwahr eine Auswahl so zwischen Teufel und Beelzebub.

Wir Marxisten-Leninisten gehen von den Interessen des arbeitenden Volkes aus. Die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Menschen glaubt, daß die SP-Führer ihre Interessen vertritt. Zeigt der Kandidat Kirchschläger aber nicht klar und deutlich, wo die Politik dieser Führer hinführt? Sie finden es nicht einmal mehr der Mühe wert, ein Mitglied ihrer Partei aufzustellen, um wenigstens den Schein zu wahren. Können ehrliche SP-Arbeiter Kirchschläger wählen? Nein, das ist für sie unzumutbar! Sie müssen gegen die Willkür ihres Parteivorstandes rebellieren!

Es wird Zeit, daß die arbeitenden Menschen endlich nein sagen zu einer Politik, die gegen ihre eigenen Interessen geführt wird. Nein zu Kirchschläger! Nein zu Lugger! Damit sagen wir nein zur Preistreiberei, nein zum Steuerdruck, nein zu allem, was uns belastet und gefährdet.

Für die arbeitenden Menschen ist es völlig egal, wer Bundespräsident wird. Ihren Interessen dient es, wenn bei diesen Wahlen viele Tausende ungültige Stimmen abgegeben werden. Die Herrschaften oben sollen und müssen endlich ein deutliches Zeichen der Ablehnung ihrer Politik sehen. Und das Volk muß durch diese ungültigen Stimmen seine eigene Kraft erkennen.

Wenn wir von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) empfehlen, ungültig zu wählen, dann tun wir es allerdings aus einem andern Grund als die ‚K'PÖ-Bonzen. Deren „Empfehlung" ist scheinheilig und verlogen. Für sie ist Kirchschläger nur zu wenig „gut", zu wenig „Garant" für „Demokratie", „Sicherheit" usw. Womit sie wieder und weiter verschweigen, daß nur die arbeitenden Menschen selbst Garant ihrer Rechte und Interessen sein können und müssen. Auch mit ihrer heuchlerischen „Begründung" dienen die ‚K'P-Revisionisten noch der herrschenden Klasse.

Im Interesse der arbeitenden Menschen:

UNGÜLTIG STIMMEN!

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ●

Nr. 87a Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße [illegible]
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 12[illegible]

Da schrieben die großbürgerlichen "Salzburger Nachrichten" in ihrer Wochenendausgabe vom 18./19. Mai zur Bundespräsidentenwahl: "Dem Österreicher bleibt nichts anderes übrig, als das Theater, das da gemacht wird, nicht ernst zu nehmen." Sie ereiferten sich nämlich dagegen, daß durch die Frage der seinerzeitigen Heimwehrmitgliedschaft Luggers (die von der ÖVP provoziert, von Kreisky aufgegriffen worden sei) mit der in der Zweiten Republik herausgebildeten Ansicht gebrochen worden sei, daß Kandidaten der ÖVP und der SPÖ doch eigentlich "Kollegen" wären, einer "Hausgemeinschaft", einer "Familie" angehörten und einander als "feschen Feind" betrachten müßten, dessen "Vergangenheit vergessen" wäre. Seit 1966, als die "Phasen der Alleinregierungen" begannen, habe sich das "politische Klima verschlechtert".

Schon am Montag, dem 21. Mai, explodierte - gleichsam als Echo auf diesen Leitartikel - eine Bombe: Kirchschläger, der sich - im Gegensatz zu Kreisky - abermals dagegen wandte, daß einem Kandidaten für die Bundespräsidentschaft seine politische Vergangenheit vorgehalten werde, bekannte auf seiner Pressekonferenz: "Ich war vor 1938 Mitglied der 'Vaterländischen Front'. Das war aus damaliger Sicht richtig. Ich gebe aber zu, daß dies keine demokratische Organisation war."

Nach diesem sensationellen Bekenntnis, daß der SPÖ-Kandidat, ebenso wie sein ÖVP-"Gegner", in den dreißiger Jahren dem austrofaschistischen Lager angehört hat, stellte das Hauptblatt des österreichischen Großkapitals, "Die Presse", am 21. Mai in einer Glosse fest: "Das Gleichgewicht ist wiederhergestellt... Alois Lugger war bei der Heimwehr, dafür ist Rudolf Kirchschläger bei der Vaterländischen Front gewesen."

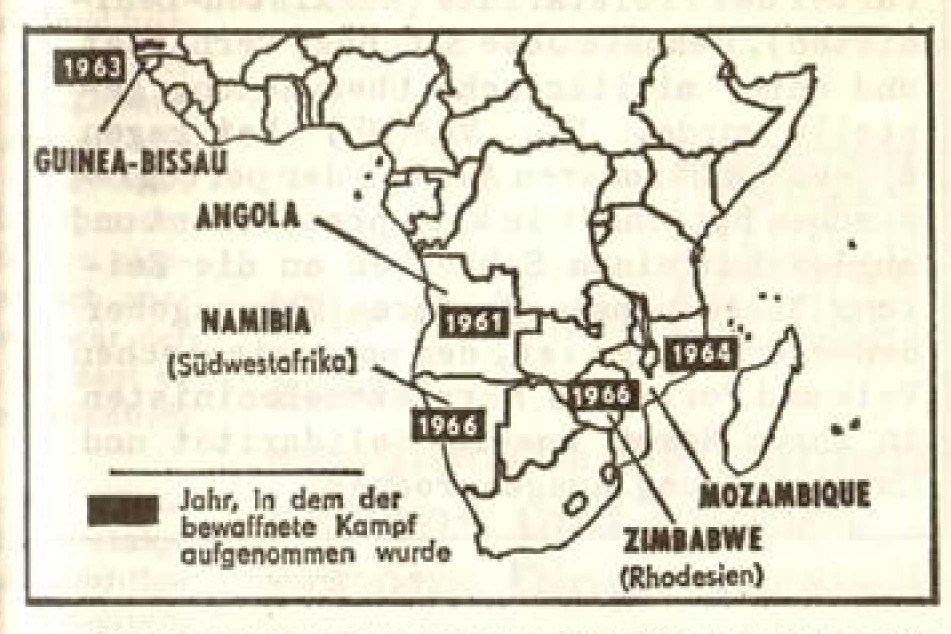
Eine "Panne" für die SP, so scheint es. Hat doch die "AZ" noch einen Tag vor dem sensationellen Bekenntnis des SP-Kandidaten einen Leserbrief veröffentlicht, in welchem es heißt: "Dr. Kirchschläger ist nie der Versuchung unterlegen, antidemokratischen Organisationen beizutreten." Der Briefschreiber ist also - wie viele treue SP-Mitglieder - trotz aller gefühlsmäßigen Vorbehalte dem Hauptargument Kreiskys auf den Leim gegangen, Kirchschläger wäre jener "starke Bundespräsident", der vor 40-41 Jahren die Demokratie in Österreich hätte retten können. Dafür war Kreisky, wie er am 1. Mai auf dem Rathausplatz im Brustton tiefster Überzeugung verkündete, bereit, "die Hand ins Feuer zu legen". Nun, da er sich so sichtbar und so schmerzlich die Finger verbrannt hat, verlangt er keineswegs, von der Kandidatur Kirchschlägers Abstand zu nehmen. Im Gegenteil, in einer von der "AZ" am 21. Mai wiedergegebenen Erklärung will er uns plötzlich einreden, die "Vaterländische Front", die von Dollfuß (der Schutzbündler sogar im schwerverletzten Zustand zum Galgen hat schleppen lassen), dann von Starhemberg (dem Oberboß der faschistischen Heimwehr) und schließlich von Schuschnigg (der vor Hitler kapituliert und die Unabhängigkeit Österreichs preisgegeben hat) kommandierte "Basisorganisation" der austrofaschistischen Diktatur, dürfe mit der Heimwehr "nicht verglichen" werden. Ja, wieso denn? Weil, man höre und staune, der Beitritt zur Vaterländischen Front oftmals (besonders bei Staatsbeamten) "erzwungen" gewesen war und daher sogar die SPÖ einen solchen Beitritt "empfohlen" habe. Eine Selbstentlarvung nach der anderen!

★

Aus dieser ganzen Entwicklung können die klassenbewußten Arbeiter nur eine einzige Lehre ziehen: die Stimmzettel ungültig machen und womöglich hinzufügen: FÜR DIE VOLKSMACHT !

Es geht nicht darum, daß es doch für jeden arbeitenden Menschen absolut gleichgültig sein muß, ob ein ehemaliger Kruckenkreuzler oder ein ehemaliger Hahnenschwanzler als neuer Bundespräsident in die Hofburg einzieht. Es geht nicht einmal darum, daß selbstverständlich kein klassenbewußter und klardenkender Arbeiter mit seiner Stimme zu einer solchen "Wahl" beitragen wird. Es geht vielmehr hauptsächlich darum, daß die arbeitenden Menschen erkennen, wozu die gepriesene "Demokratie" führt: zur Übergabe von Machtpositionen an einen "starken Mann" mit faschistischer Vergangenheit, um in einer - für die Bourgeoisie - ungewissen Zukunft eventuell wiederum von der vornehmlich auf Betrug begründeten "demokratischen" zu der sich auf offene brutale Gewaltanwendung gegen die Werktätigen stützenden faschistischen Herrschaftsform der Kapitalistenklasse überzugehen! Die arbeitenden Menschen haben Gelegenheit, durch einen ungültigen Stimmzettel gleichzeitig ihren Willen zu bekunden, daß mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung endlich Schluß gemacht und die Demokratie im wahren Sinne des Wortes, nämlich die Staatsmacht des Volkes, errichtet wird! ●

Der Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal



Der bewaffnete Freiheitskampf in Schwarzafrika. Die Niederlagen der Kolonialtruppen in Guinea-Bissau, Angola und Mozambique trugen wesentlich zum Sturz des Regimes im „Mutterland" Portugal bei.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf den oberflächlichen Beobachter der Militärputsch gegen die faschistische Regierung in Portugal. Nun, der Himmel war keineswegs so heiter, noch war es eine Überraschung, daß ausgerechnet General Spinola, der bis vor einigen Monaten noch der gefeierte Held des faschistischen Systems in Portugal war, der Anführer des Staatsstreichs gewesen ist. Spinola, der seine ersten "Lorbeeren" in der Franco-Armee im Spanischen Bürgerkrieg erwarb und im 2. Weltkrieg als "Beobachter" in der deutschen Wehrmacht vor Leningrad und Stalingrad teilnahm, war in den letzten Jahren Kommandant der portugiesischen Kolonialtruppen im Unterdrückungskrieg gegen die Freiheitskämpfer in Guinea-Bissau.

Trotz eines mit aller Grausamkeit, die in nichts den Greueln der USA in Vietnam nachstand, durchgeführten Krieges gelang es auch dem "supertüchtigen" Spinola nicht, die heldenhaft kämpfenden Einwohner von Guinea-Bissau niederzuschlagen. Im Gegenteil. Gerade in Guinea hatten die Freiheitskämpfer so große Gebiete von den Portugiesen gesäubert, daß sie eine regelrechte Regierung einsetzen konnten. In den anderen afrikanischen Kolonien Portugals - Angola und Mocambique - ging und geht es dessen Truppen, die drei Viertel der gesamten portugiesischen Armee ausmachen, nicht besser.

Dieser nun schon über zehn Jahre dauernde Kolonialkrieg brachte dem portugiesischen Volk nur bitterstes Elend und Not. Von einer faschistischen Clique seit fast einem halben Jahrhundert geknechtet, zogen zwei Millionen von den neun Millionen Einwohnern in die Fremde. Das elende Leben als Fremdarbeiter war für sie immer noch besser als das langsame Verhungern im eigenen Land. Ganze Dörfer entvölkerten sich von der arbeitsfähigen Bevölkerung. Gegenwärtig ist nur ein Drittel der Bevölkerung von Portugal im arbeitsfähigen Alter. Die Großgrundbesitzer, die das meiste Land besitzen und die Betriebe - überwiegend im ausländischen Besitz - haben nicht mehr genügend Lohnsklaven. Dazu kommt noch, daß massenhaft Jugendliche aus dem Lande flohen, weil sie dem vier Jahre dauernden Militärdienst entgehen wollten, der die meisten in das immer lebensgefährlichere Kolonialabenteuer führte.

Mit der Zeit mußten alle an der Ausbeutung Afrikas Interessierten erkennen, daß dieser Kolonialkrieg zu einer ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Pleite würde. Dazu kommt noch, daß die Völker, aber auch die Regierungen vor allem der afrikanischen Länder immer mehr darauf drängten, daß gegen diesen Kolonialkrieg Stellung genommen wird. Portugal geriet immer mehr in die Isolierung. England, das seit 300 Jahren "schützend" seine Hand über Portugal hielt, die USA und ihr Juniorpartner, das portugiesisch sprechende Brasilien, die steigende Interessen in den portugiesischen Kolonien besitzen (Erdöl in Angola), distanzierten sich in der Öffentlichkeit von diesem Krieg. Zurück blieben als offen unterstützende Kräfte die weißen Rassistenregimes von Südafrika und Rhodesien, die davon träumen, mit den Weißen in Angola und Mocambique einen "Staatenbund" zu gründen. Zurück blieb eine immer schmäler werdende Schicht von unmittelbar am Krieg profitierenden Militärs, die fern vom Schuß in der Hauptstadt Lissabon saß und gestützt auf eine 3.000 Mann starke Geheimpolizei sich an die Macht klammerte.

Nachdem schließlich der unmittelbare Brötchengeber Spinolas, die CUF (Companha Uniao Fabril), die mit hunderten Betrieben Guinea-Bissau wirtschaftlich ausbeutet, sah, daß auch die "schönsten" Feldzüge Spinolas nicht verhindern konnten, daß das Volk von Guinea-B. sich anschickt, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, kam man zum Schluß: Wenn schon das Haus

Erst nach Redaktionsschluß erfuhren wir, daß am 7. Juni in Portugal der Führer der Partei des Proletariats (Marxisten-Leninisten), Genosse Jose Sanches, verhaftet und unter militärische Überwachung gestellt wurde. Die VRA(ML) hat gegen diesen reaktionären Akt bei der portugiesischen Botschaft in Wien protestiert und zugleich in einem Schreiben an die Zeitung "Luta popular", deren Herausgeber Genosse Sanches ist, dem portugiesischen Volk und Portugals Marxisten-Leninisten in ihrem Kampf unsere Solidarität und Unterstützung ausgesprochen.

brennt, so müsse man wenigstens die Möbel retten. Also schrieb Spinola ein Buch, in dem er darlegte, daß militärisch nichts mehr zu gewinnen sei. Wolle man die Kolonien halten, so müsse das auf eine politische Tour geschehen, mit einer Art Staatenunion. Das Buch wurde ein Bestseller, doch die faschistische Regierung verstand nicht den Wink mit dem Zaunpfahl und schickte Spinola in Pension.

Nun liefen die Ereignisse in beschleunigtem Tempo ab: Nachdem ein reiner Militärputsch nach südamerikanischem Muster mißlang, mußten Spinola und seine Getreuen in den sauren Apfel beißen und sich mit dem Volk verbünden, um das faschistische Regime zu zerschlagen.

Binnen weniger Stunden wurde das verhaßte Regime vom portugiesischen Volk hinweggefegt, von einem Volk, von dem überall in der Welt kolportiert worden war, daß es durch die jahrzehntelange Unterdrückung völlig unpolitisch geworden sei. Am 1. Mai verbrüderten sich unter roten Fahnen viele Hunderttausende Werktätige mit Soldaten und Matrosen. Spinola ließ sich bei all dem nicht blicken. Seine Spekulation und die seiner imperialistischen Hintermänner besteht darin, mit Hilfe eines neuen politischen Image (z.B. erscheint nun das Organ der früheren faschistischen Regierung mit dem Titel: "Dem Volke dienen"), aufpoliert mit Sozialdemokraten und Revisionisten (Bedingung: die Sozialimperialisten müssen mit ins Geschäft) den afrikanischen Befreiungsbewegungen neo-kolonialistische Lösungen schmackhaft zu machen und in Portugal selbst eben mit Hilfe der Sozialdemokraten und Revisionisten das Volk wieder zu bändigen.

Wie nicht anders zu erwarten, erklärten die revolutionäre Regierung von Guinea-Bissau und die anderen Befreiungsbewegungen einhellig, daß sie weder Waffengewalt noch neokolonialistische Tricks veranlassen würden, auf die Freiheit und Unabhängigkeit zu verzichten. Der Kampf würde so lange weitergehen, bis die völlige Unabhängigkeit erreicht sei. Und in Portugal selbst sieht es ganz danach aus, daß Spinola und seine Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Sozialdemokraten und Revisionisten auch noch ihre blauen Wunder erleben werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich das Volk mit einem Freiheitsfest abspeisen lassen wird, um sich dann wieder brav und gehorsam von den alten Herren, auch wenn diese jetzt - vorübergehend - eine rote Nelke im Knopfloch tragen, knechten zu lassen.

Die Bewegung, faschistische Direktoren und Manager aus den Betrieben zu jagen, die Übernahme der Kontrolle der Banken durch die Angestellten, vor allem, um die Kapitalflucht zu verhindern, das Besetzen von Bürgermeister-, Bezirksämtern und Polizeistationen im ganzen Land durch revolutionäre Arbeiter und Bauern, Aktionen, die verhindern sollen, daß Soldaten heimlich, still und leise nach Afrika gebracht werden - all das zeigt, daß sich das Volk Portugals anschickt, den Weg zur Macht zu beschreiten. Daß dabei unsere Genossen, die Marxisten-Leninisten, führend dabei sind, versteht sich von selbst.

Was auch immer jetzt geschehen mag, was auch immer der Weltimperialismus und seine sozialdemokratischen und revisionistischen Komplizen an Betrügereien und Intrigen unternehmen werden, um das Geschehen noch zu ihren Gunsten zu korrigieren - es bleibt dabei: Die Völker Afrikas, das portugiesische Volk haben einen großen Sieg errungen. Die Losung der Weltrevolution: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, die Nationen die Freiheit, die Völker die Revolution!" wurde wieder einmal in die Tat umgesetzt!

★

In einer Erklärung hat sich die revisionistische "K"P Portugals gegen die "ultralinken Aktionen" der Volksmassen, wie "Besetzung von Bürgermeister- und Bezirksämtern" gewandt, weil diese Aktionen angeblich "nicht den Prozeß der Demokratisierung des Verwaltungsapparates erleichtern, sondern sie im Gegenteil erschweren."

Wie die "Volksstimme" schreibt, "benötigt Spinola zweifellos die Kommunisten". Wozu er die portugiesischen Revisionisten benötigt, ist klar - als Abwiegler!

⇨

Wie sich die Neue Kronen Zeitung eine »geglückte Befreiungsaktion« und andere schöne Dinge vorstellt

Ha, das war wieder ein Fall für die Asphaltpresse. Als sich am 15. Mai drei palästinensische Guerillas in der israelischen Schule von Maalot verbarrikadierten und als das israelische Militär daraufhin die drei Guerillas samt einigen Dutzend israelischen Schulkindern in Fetzen und Fransen schoß, da stöhnten die Zeitungen laut und lustvoll auf. Und weil der Sadomasochismus um so größer ist, je weniger Format man hat, deshalb stöhnte die kleinformatige Kronen-Zeitung am lautesten. „Nur fünf Minuten dauerte der kurze Kampf um die Schule, dann waren die Terroristen liquidiert", schilderte sie atemlos den von Moshe Dayan (damals zuständiger Minister) höchstpersönlich geplanten Blitzsieg. Bitte, daß die Israelis auch gleich ihre eigenen Kinder mitliquidierten, das war wohl ein kleiner, taktisch aber leider unvermeidlicher Schönheitsfehler, doch alles in allem war der Sturm auf die Schule eine „geglückte Befreiungsaktion". So sagt es zumindest der Leitartikler Ernst Trost, na, und der wird ja hoffentlich wissen, was er sagt.

Der Zufall fügte es, daß just am selben Tag, an dem sich das Kleinformat am Massaker von Maalot delektierte, auch in Paris einige Kinder in eine ähnlich gefährliche Lage kamen. Ein paar flüchtige Bankräuber, von der Polizei umzingelt, hatten fünf Kinder als Geiseln genommen und forderten freies Geleit und einen Fluchtwagen. Hätten die Pariser Bankräuber nun keine ganz gewöhnlichen kriminellen, sondern politische Motive gehabt oder hätten sie statt eines Fluchtwagens etwa gar die Freilassung politischer Häftlinge verlangt, dann wäre ihr Leben und das der Kinder keinen Pfifferling mehr wert gewesen. (Bekanntlich wurden nicht nur in Israel, sondern auch schon in Westdeutschland und in der Türkei Guerillas samt ihren Geiseln von Polizei und Militär zusammengeschossen.) Aber ganz gewöhnlichen Kriminellen geht's eben nur ums rasch und unredlich verdiente Geld, und da stoßen sie bei der bürgerlichen Obrigkeit offenbar auf verwandte Seelen oder zumindest auf ein gewisses Verständnis. Na ja, wie dem auch sei, jedenfalls verbot man höheren Orts den Sturmangriff, stellte den Bankräubern ein Auto zur Verfügung und ließ sie mit behördlicher Genehmigung entfleuchen. Wenig später konnten auch die Kinder gesund und unverletzt nach Hause gehen, was ihnen sichtlich lieber war als eine „geglückte Befreiungsaktion" mit anschließender Aufbahrung im Leichenschauhaus.



Um jedoch auf Maalot und die Kronen-Zeitung zurückzukommen: Bevor noch Dayan seine Bomber losschickte, um sein eigenes Versagen der libanesischen Bevölkerung zu „vergelten", bekam er aus Wien bereits Ezzes. „Israels Racheschwur: Wir werden Terroristen die Arme abhacken!" suggerierte die lüstern erregte Kronen-Zeitung. Sowas läßt sich Dayan natürlich nicht zweimal sagen, weil ihm aber keine Terroristen zur Verfügung standen und weil er ohnedies grad so schwungvoll Kinder massakrieren ließ, deshalb wandelte er den Vorschlag dahingehend ab, daß jetzt arabischen Kindern die Arme abgehackt werden sollen: Seine Flugzeuge warfen über dem Libanon nicht nur Bomben, sondern auch als Kinderspielzeug getarnte Sprengkörper ab.

Tatsächlich wurden wenig später einem Araberkind, das so ein Spielzeug fand, beide Arme abgerissen, ein zweites Kind erlitt so schwere Gesichtsverletzungen, daß es wahrscheinlich erblinden wird. Interessanterweise fehlte hierzu allerdings die kleinformatige Erfolgsmeldung, was umso merkwürdiger ist, als die betreffenden Herren Redakteure ja ansonsten so gern mit ihrer „überragenden intellektuellen Potenz" protzen. Sollten sie — nachdem Dayan auch die perversesten Begierden prompt befriedigte — plötzlich Potenzschwierigkeiten haben? ●

Angesichts der Streiks in Lissabon und in anderen Städten Portugals ereiferte sich der "demokratische" General Spinola, daß "konterrevolutionäre Kräfte" versuchen, Portugal mit "Anarchie" zu unterhöhlen, wobei er noch betonte, daß die Streitkräfte, wenn nötig, mit Gewalt gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter "zurückschlagen" würden. Zugleich traf die Regierung Beschwichtigungsmaßnahmen wie die Verhängung eines nur 30tägigen Lohn- und Preisstopps und die Festlegung eines neuen Mindestlohns, der aber nicht für Personen unter 20 Jahren (!) und auch nicht für

Landarbeiter und für Werkstätten unter fünf Arbeitern (!) gilt. Der sozialdemokratisch-revisionistische Rat der ins Leben gerufenen portugiesischen Einheitsgewerkschaft verstieg sich sogar dazu, "vor den verantwortungslosen anarchistischen Aktionen einiger opportunistischer Elemente" zu warnen, die sich angeblich in die Arbeiterschaft "eingeschlichen" hätten, "um Streiks zu provozieren". Denn: Die Unzufriedenheit derArbeiter sei zwar "verständlich", aber mit derartigen Aktionen würde nur die Gefahr der Konterrevolution heraufbeschworen. Einhellig nahmen mit diesen Äußerungen also Militärs, Sozialdemokraten und Revisionisten gegen die Kämpfe der portugiesischen Arbeiter Stellung. Und der Grundton aller dieser Drohungen und Hetzen läßt sich zusammenfassen in den Worten: Nur nicht aufmucken, denn - wie der portugiesische Generalstabschef anläßlich einer Demonstration von Revolutionären gegen die Regierung sagte - "Verbrechen gegen die politische Ordnung" werden nicht länger geduldet!

Damit wird es aber klar und deutlich, daß der auch in Portugal von den Revisionisten proklamierte "friedliche Weg" zum Sozialismus ein Schwindel ist. Wenn sich das Volk nicht fügt, drohen ihm die Herrschenden mit Gewalt. Ein zweites Chile, das es auch in Portugal geben kann, ist nur durch die Erkämpfung der Volksmacht zu verhindern! ●

30 Jahre freies Albanien

Am 24. Mai 1944 begann im südalbanischen Permeti der I. Antifaschistische Kongreß der nationalen Befreiung. Die Wahl der Delegierten zu diesem Kongreß waren die ersten demokratischen Wahlen in Albanien, an denen auch Frauen teilnahmen. Zum ersten Male wurden die Volksvertreter nicht auf Grund ihres Reichtums oder ihrer adeligen Abstammung gewählt, sondern sie wurden von den aufständischen Volksmassen einzig und allein wegen ihrer Verdienste im Kampf gegen die Feinde des Volkes bestimmt.

Auf diesem Kongreß wählten die Delegierten in der Gestalt des Antifaschistischen Rates die erste Volksversammlung Albaniens. Das vom Kongreß gebilligte Antifaschistische Komitee mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze war die erste volksdemokratische Regierung Albaniens.

Der Kongreß annullierte alle politischen und wirtschaftlichen Abkommen, welche der albanische König Zogu vor der Besetzung Albaniens durch Italien 1939 mit anderen Staaten abgeschlossen hatte, weil sie die Interessen des albanischen Volkes schädigten. Weiters stellte der Kongreß fest, daß jene Zeit, da Albanien von den Imperialisten als Marktware behandelt wurde, für immer vorbei sei und es das albanische Volk nicht länger erlaube, mit ihm Schacher zu treiben. Das albanische Volk werde sein Schicksal selbst bestimmen.

Die erfolgreiche Abhaltung des I. Antifaschistischen Kongresses war ein schwerer Schlag für die Feinde Albaniens. Sowohl für die deutschen Okkupanten und ihre einheimischen Kollaborateure als auch für die amerikanisch-englischen Imperialisten, die ständig versuchten, sich in die Angelegenheiten des albanischen Volkes einzumischen und sich auf dem Balkan festzusetzen. Die Permeti-Konferenz löste die Frage der politischen Macht zugunsten des aufständischen Volkes. In Albanien war die Volksmacht, die demokratische Diktatur der revolutionären Kräfte unter der Führung der Kommunistischen Partei Albaniens geschaffen. Fast genau ein halbes Jahr nach dem Ende des Kongresses wurde am 29. November 1944 als letzte albanische Stadt Shkodra befreit. Im ganzen Land hatte die Volksrevolution gesiegt.

Zum 30. Jahrestag der Permetikonferenz fanden am 23. und 24. Mai in Permeti Feierlichkeiten statt. Auf einer Massenversammlung am Morgen des 24. würdigte Haxhi Lleshi, der Präsident der Albanischen Volksversammlung, die Bedeutung des I. Antifaschistischen Kongresses. Er wies dann darauf hin, daß die Volksmacht in den vergangenen dreißig Jahren von Tag zu Tag stärker geworden sei und sagte: "Heute existiert in unserem Land wie auch international eine ausgezeichnete Situation. Die internationale Stellung unserer Volksrepublik ist stärker denn je... Unsere Volksrepublik hat treue und verläßliche Freunde und Kampfgefährten in der ganzen Welt. Auf unserer Seite stehen das große chinesische Volk, die ruhmreiche KP Chinas ...und der Vorsitzende Mao Tsetung, der geliebte Freund unseres Volkes..." Auf die internationale Lage eingehend, rief Haxhi Lleshi das albanische Volk zu größter Wachsamkeit auf. Die amerikanischen und russischen Imperialisten betreiben ungehemmt ihre expansionistische Politik, und die Völker führen einen entschlossenen Kampf dagegen. ●

für die volksmacht
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



Eine Waffe gegen die Ausgebeuteten:

Religion, Glaube, Aberglaube

„Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes."

Das sagte Karl Marx, und diese Worte vom Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus sollen als Einleitung zu einer kurzen Analyse über das Wesen der Religion dienen. Uns revolutionären Arbeitern und Bauern liegt es dabei absolut fern, etwaige religiöse Gefühle des Lesers zu verletzen. Das sei vorausgeschickt.

Religion, Glauben und Aberglauben kann man nicht mittels „Dekret" abschaffen. Das wissen wir. Von diesen geistigen Fesseln kann man sich nur selbst befreien. Dabei muß man seine Erfahrungen des täglichen Lebens in Zusammenhang mit diesen „geistigen Fesseln" bringen. Ebensowenig wie die herschende Klasse daran interessiert ist, a l l e n Menschen in unserem Land tatsächliches, umfangreiches Wissen zu vermitteln, weil sie ein unwissendes werktätiges Volk besser betrügen und ausbeuten kann, ebensowenig hat sie ein Interesse, das wirkliche Wesen der Religion aufzuzeigen. Wir müssen also versuchen, uns selbst zurechtzufinden.

„Glauben heißt nichts wissen"

Es war schon immer ein spezielles Anliegen der weltlichen und kirchlichen Herrscher, die Volksmassen so weit als möglich vom Wissen fernzuhalten. Denn je unwissender die Volksmassen sind, desto leichter ist es für die Herrschenden, ihre Macht aufrechtzuerhalten. Diese Unwissenheit ist dann auch der fruchtbarste Boden für Aberglauben, Glauben, Religion, Götter und Dämonen aller religiösen Farbrichtungen, vom christlichen Purpur bis zum Safrangelb des Buddhismus.

Eine Bestätigung dafür sind die Elendsgebiete in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, aber auch die bildungsmäßig bewußt rückständig gehaltenen Klassen und Schichten unserer industriell entwickelten Gesellschaft in Österreich.

Die Bergbauern leben in unserem Land erwiesenermaßen in den Bildungsnotstandsgebieten. Es ist daher also gar nicht verwunderlich, wenn im Dorf, bei der Landbevölkerung, Glaube, Aberglaube, Religion einen günstigen Nährboden vorfinden. Es liegt uns vollkommen fern, jetzt etwa auf einen gläubigen, religiösen Bauern „herabzusehen" oder ihm einen Vorwurf zu machen. Nein, wir sehen diese Bauern nur als Opfer unseres Ausbeutungssystems, welches aus der Unwissenheit und Religiosität der Massen die gewaltigen materiellen Vorteile für einige wenige Machthaber zieht. Es sagt ja schon eine alte Volksweisheit: „Glauben heißt nichts wissen".

Ist es nicht die Weisheit jeder Religion, daß die Volksmassen ihr Leben im Diesseits gehorsam „erdulden" sollen und daß der Lohn dafür erst nach dem Tode „der Himmel" im Jenseits sei? Was ist das für ein Leben, das uns die Glaubensverkäufer, Priester, Medizinmänner, Zauberer, schmackhaft machen wollen? Ein Leben, das erst nach dem Tod lebenswert erscheint? Es ist ein Leben voller Unterdrückung, Not und Elend. Demgegenüber führen aber die Großkapitalisten, die Bankiers, Großgrundbesitzer usw. ein angenehmes Leben schon „auf Erden", ohne daß sie auch nur einen Finger zur Arbeit rühren. Wem hilft es, wenn jede Religion ihren Gläubigen einredet, daß Armut und Reichtum als Produkt „göttlichen Willens" zu betrachten seien, daß das jeweilige Leben eben „Schicksal" ist? Das hilft nur den wenigen Reichen und schadet den vielen Armen. Denn was wird dem gläubigen Menschen weiter eingeredet? Er soll die Ruhe des Ausgebeutetwerdens der Unruhe des Streites vorziehen, weil der „Klügere nachgibt". Eine Welt also von „klugen Ausgebeuteten", die im Schweiße ihres Angesichtes

ihr Leben lang schuften sollen, damit einige „dumme Reiche" ein Leben in Saus und Braus führen können. Das ist nichts anderes als geistiger Betrug. In wessen Diensten also Religionen stehen, die solchen „Glauben" vermitteln, das dürfte bei einigem guten Willen leicht zu erkennen sein.

Riesiger Reichtum der Kirche

Die „geistige Ware" Religion läßt sich sehr gut verkaufen. Davon zeugt der ungeheure materielle Reichtum der Kirche. In fast allen Ländern unserer kapitalistischen Welt gehört die Kirche nicht nur zu den größten Grundbesitzern, sondern ist sie auch über Strohmänner an den bedeutendsten Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen beteiligt. Es wundert also wahrlich nicht, wenn Kirche und Kapital „ein Herz und eine Seele" sind. Der Staat als Herrschaftsinstrument belohnt die Kirche für ihre Dienste, indem er ihr verschiedene Privilegien einräumt, von der Kirchensteuer angefangen bis zu Subventionen verschiedenster Art. Dabei handelt es sich um „Zuschüsse" gigantischesten Ausmaßes, welche da der Kirche von den Herrschenden gewährt werden. Und die Machthaber in Österreich wissen: Dieses Geld ist gut angelegt! Denn als Gegenleistung werden die Volksmassen mittels Religion „vernebelt". Karitative Brosamen, die von der Kirche fallweise „unters Volk" gestreut werden, dienen nur der „Wahrung des Gesichts" und zur Verschleierung der wahren Rolle der Kirche: Erfüllungsgehilfe der Herrschenden — des Kapitals, der Ausbeuter — zu sein.

Religion im Dienst der Ausbeuter

Unter den vielen Herrschaftsmethoden der Ausbeuterklasse hat sich seit Menschengedenken eine als besonders wirksam erwiesen: Die Angst; die Verbreitung der Angst vor Gerichtsbarkeit, Polizei, Heer. Aber nicht genug damit: Der Ausgebeutete soll auch noch Angst haben vor „Gotteszorn und Strafe" bis hin zum „Höllenfeuer". Diese Angst zu verbreiten hat die Kirche übernommen. Vom Kindes- bis zum Greisenalter soll sich der einfache Mensch in der Furcht vor Fegefeuer und Hölle im wahrsten Sinn des Wortes durch sein Leben ängstigen.

Es ist erschreckend, welche Gewalt da eigentlich dem menschlichen Geist angetan wird. Wenn sich auch schon viele erwachsene Menschen von dieser geistig-religiösen Fessel befreien, so kriegt man aber oft gerade von diesen Menschen zu hören, daß sie zwar an die Religion nicht mehr glauben, aus der Kirche aber deshalb nicht austreten, „weil die Kinder in religiösem Geist erzogen werden sollen". „Sie sollen vor etwas Angst haben", ist die Argumentation solcher Kinderquäler.

Herrschafts- und Erziehungsmethoden

Soll man solches elterliches Verhalten einfach abtun mit den Worten: „Sie wissen nicht was sie tun"? Man kann das durchaus nicht. Denn in Ermangelung humaner und vernünftiger Erziehungsmethoden, die ja das kapitalistische System gar nicht einführen will, zur Religion, zum Hokuspokus von Hölle, Krampus und Englein zu greifen, ist geistiger Terror. Ein gesundes, sauberes Kinderhirn auf solche Art und Weise zu verkrüppeln, ist Menschenquälerei, es ist dies die Bankrotterklärung des elterlichen Erziehers. Was er selbst bereits teilweise als Fessel seines Geistes erkannt hat, ist er bereit, seinen Kindern aufzuzwingen, um einen „leichteren Weg" zu haben.



Die Götter wurden vom Menschen erschaffen

Alle religiösen Systeme (Christentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus usw.), alle Vorstellungen von Gott oder Gottheiten wurden vom Menschen geschaffen. Wir wissen, daß nicht Gott den Menschen schuf, sondern der Mensch selbst sich Gott nach seinem Bild schafft. Die „Gottheiten" sind Produkte des menschlichen Geistes. Wichtig ist nur, daß die Volksmassen an sie „glauben". Es gibt gar keinen Unterschied zwischen einem Zauberformeln murmelnden und Hühnerblut trinkenden Medizinmann im tiefsten Urwald, der eine Hungersnot „beschwört", und einem Priester, der weihrauchschwenkend einen Stall „segnet", damit das Vieh des Bergbauern von Krankheiten verschont bleibe. Der ausgebeutete Neger soll genau so wie der ausgebeutete Bergbauer sein „Schicksal in Gottes Hand" legen und statt nachzudenken beten. Wer sich da eines lacht, das ist leicht zu erraten.

Es hilft uns kein Gott, kein Gebet und kein Weihrauch, um uns vor der Ausbeutung durch das Industrie-, Handels- und Finanzkapital zu schützen. Produktionsgerechte Preise für Butter, Milch und Fleisch können wir nicht „erbeten", wir können sie nur erkämpfen! Dazu müssen wir uns als Bergbauern zusammenschließen und mit anderen ausgebeuteten Klassen den Ausbeutern gemeinsamen Widerstand entgegensetzen.

Auf die eigene Kraft verlassen!

Wie macht man das, kann man jetzt fragen. Vor allem müssen wir uns einmal über unsere Rolle in dieser kapitalistischen Gesellschaft klar werden. Wir sind darin nichts anderes als Ausgebeutete! Und wir müssen uns von der geistigen Knechtschaft befreien, der wir unterliegen: von Glauben, Aberglauben, Religion und Hokuspokus als ein Mittel der Machthaber, ihre Herrschaft über uns aufrechtzuerhalten. Zugleich müssen wir mit dem Zustand aufräumen, daß Bauernkammern, Genossenschaften usw. den Großen und Mächtigen dienen. Wir müssen diese Institutionen zu Waffen in den Händen der kleinen und mittleren Bauern machen. Wir revolutionären Arbeiter und Bauern sagen, daß die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung unser Werk sein muß, das uns keiner abnimmt, das keiner für uns stellvertretend macht. Weder der Pfarrer noch ein „Politiker" noch ein Gott. Hilfe werden wir kleinen Bauern nur bei der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten Klassen unserer Gesellschaft finden.

„Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun." (Aus dem Kampflied: „Die Internationale".)

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

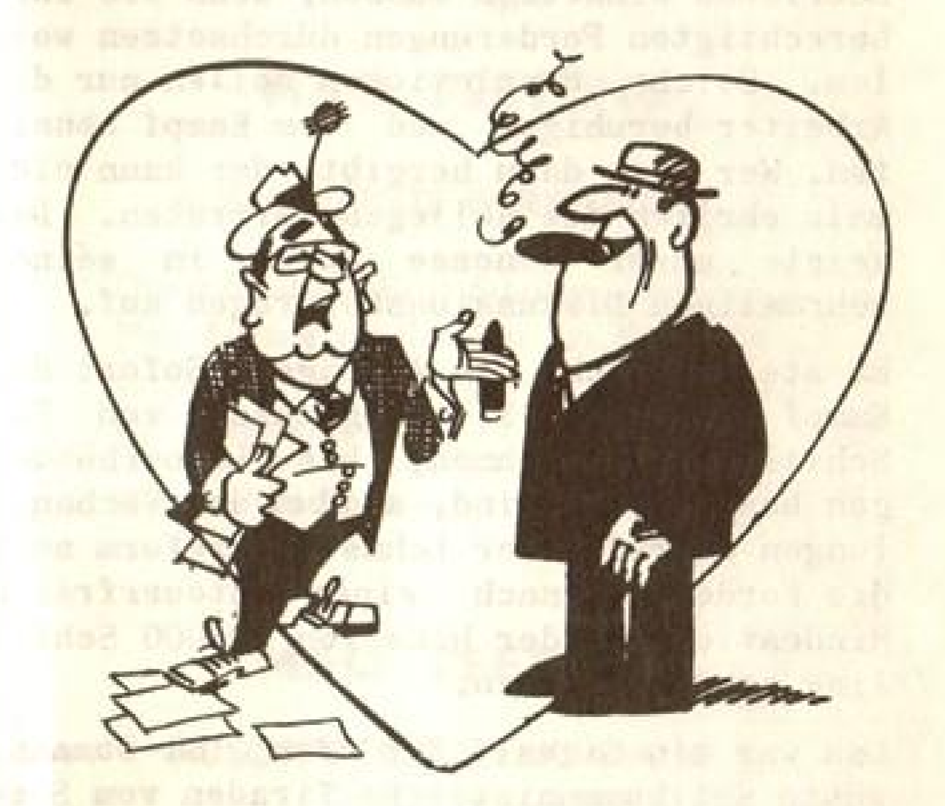
Wen vertreten die ÖMV-Betriebsräte eigentlich?

Die Herren von der SP-Fraktion sind mit der Unternehmensleitung stets ein Herz und eine Seele. Da bleiben für die Arbeiter freilich nur papierene Resolutionen übrig.

Die geschäftsführende SP-Fraktion im Betriebsrat des Erdölförderbetriebes der ÖMV hat es sich zur Gewohnheit gemacht, von zwei vorgesehenen Vollversammlungen der Arbeiter im Jahr eine ausfallen zu lassen. Dabei wird die Zeit auf so einer Vollversammlung ohnehin immer zu kurz, das hat sich bei der letzten wieder bewiesen. Dazu kommt, daß derartige Versammlungen schon seit Jahren zweckentfremdet wurden und werden. Über die berechtigten Forderungen und Anliegen der Kollegen wird am wenigsten gesprochen und den Arbeitern wird das Reden "abgewöhnt": Denn äußert einmal einer seine Meinung oder gar eine Kritik, etwa an der Politik der Gewerkschaftsführung, werden seine Argumente entweder "abgetötet" oder übergangen. Dementsprechend ist auch das Interesse der Kollegen an der Vollversammlung gering.

Das ist eine äußerst schädliche Entwicklung. Denn es liegt im Interesse der Unternehmer, der Gewerkschaftsführer und ihrer Handlanger, die Meinungsäußerung der Arbeiter soweit als möglich zu unterbinden. Eine Vollversammlung ist doch dazu da, daß die Arbeiter ihre Sorgen und Nöte aussprechen, daß sie darüber reden, welche Forderungen in ihrem Interesse zu stellen notwendig sind, daß Beschlüsse gefaßt und Maßnahmen zu ihrer Durchführung getroffen werden. Und Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Wünsche und Forderungen der Arbeiter aufzugreifen, zu formulieren und zu vertreten. Einzig und allein dazu werden sie gewählt.

Von all dem war auf der letzten Vollversammlung der Arbeiter im Erdölförderbetrieb nichts zu spüren. Zur Überraschung aller war der Betriebsdirektor eingeladen worden, über die Situation des Betriebes zu berichten. Eine Neuheit sondergleichen, über die der Betriebsdirektor genauso überrascht war. Daß ein Direktor natürlich nicht die Arbeiter auffordern wird, Forderungen aufzustellen, kann man sich denken. Der gegebene Überblick mußte also logischerweise auf der Ebene liegen, auf der schon jahrzehntelang in ganz Österreich die Arbeiter von der Verteidigung ihrer Interessen abgehalten und beschwichtigt werden: Auf der Sozial- und Wirtschaftspartnerschaftsebene. Jedenfalls war ein knappes Drittel der zur Verfügung stehenden Zeit dahin.



Dann bewies der SPÖ-Betriebsratsobmann in seinem Bericht enormes Geschick, an den brennendsten Fragen, die die Arbeiter interessieren, vorbeizureden. Über seinen Bericht durfte dann nicht diskutiert werden, statt dessen aber über einen vorgelegten Antrag, eine Resolution an die Nationalratsklubs aller im Parlament vertretenen Parteien zu schikken, in der die Verabschiedung eines "Preisregelungsgesetzes" verlangt wurde. Die enormen Preissteigerungen der letzten Zeit gedachte der Betriebsratsobmann nicht im geringsten durch Lohnforderungen abgelten zu lassen. Im Gegenteil: Die Tatsache der immer mehr galoppierenden Inflation, über die in der Arbeiterschaft tiefe Unzufriedenheit und Empörung herrscht, wollte er in billige Wahlpropaganda für die SPÖ ummünzen, denn es standen ja Landtags- und Präsidentenwahlen vor der Tür.

Damit wurde ein "Resolutionskrieg" entfacht, der die weitere Versammlung zu einer Farce machte. Denn von der Fraktion der "Gewerkschaftlichen Einheit" lag ebenfalls eine Resolution vor, die außerdem noch die Frage der Lohnsteuerreform anschnitt. Diese Resolution enthielt zwar weitergehende Forderungen, die an das ÖGB-Präsidium gerichtet waren, aber in ihrem Endeffekt waren beide Resolutionen gleich: Sie sollten an Leute geschickt

werden, die derartige Resolutionen schon jahrelang erhalten und sie immer in den Papierkorb wandern lassen. An Leute, die ja maßgebend dafür sind, daß die werktätige Bevölkerung mehr und mehr ausgeplündert wird, die Unternehmerprofite aber noch und noch steigen. Kein Wort davon, daß die Arbeiter ihre Kraft in den Betrieben einsetzen müssen, wenn sie ihre berechtigten Forderungen durchsetzen wollen. Solche Resolutionen sollen nur die Arbeiter beruhigen und vom Kampf abhalten. Wer sich dazu hergibt, der kann niemals ehrlich die Kollegen vertreten. Das zeigte unser Genosse Jocha in seinen mehrmaligen Diskussionsbeiträgen auf.

Er stellte auch die Anträge: Sofort den Kampf um eine Teuerungszulage von 500 Schilling aufzunehmen, bis Lohnerhöhungen beschlossen sind, und bei den Verhandlungen betreffs der Lohnsteuerreform soll die Forderung nach einem steuerfreien Mindestlohn in der Höhe von 10.000 Schilling erhoben werden.

Das war ein Signal für den BR-Obmann, wüste antikommunistische Tiraden vom Stapel zu lassen. Sie sollten die Kollegen daran hindern, über diese Anträge nachzudenken. Auch das ist eine bewährte Methode, zu verhindern, daß die Arbeiter einheitlich und geschlossen für ihre Forderungen eintreten. Mit der Sache hatten diese Hetztiraden überhaupt nichts zu tun. Sie dienten lediglich dazu, diese Vollversammlung über die Bühne zu bringen, im Sinne der von Gewerkschaft (Benya) und Unternehmern (Sallinger) ausgehandelten Packelei, die absolut arbeiterfeindlich ist. Welchen Interessen der Betriebsratsobmann also diente, ist ganz klar.

Über diese Vollversammlung sollten die Arbeiter gründlich nachdenken. Was haben sie von Betriebsräten, die ihre Interessen absolut nicht vertreten? Sollen sie nur aus Parteidisziplin Leute wählen, die zwar für sich selbst gut sorgen können, den Arbeitern aber letzten Endes das "Hackel ins Kreuz" servieren? Hier ist ein Umdenken unbedingt notwendig. Denn im Erdölförderbetrieb der ÖMV wird es mit der Interessenvertretung der Arbeiter immer schlechter.

Eine unerhörte Behauptung stellte der SP-Betriebsratsobmann im Erdölförderbetrieb in Gänserndorf auf. Im Bemühen, seinen kargen Bericht mit Erfolgen zu schmücken, wies er auf eine neue Regelung des Schichtplans für im Feld beschäftigte Arbeiter hin. Für diese Arbeiter ist diese Regelung tatsächlich eine Verbesserung, da sie im Gegensatz zu früher ihre Diensteinteilung im voraus kennen. Dieser Schichtplan war bei den Kollegen der Feuerwache schon seit längerer Zeit in Kraft. In seinem Bericht darüber beschuldigte der BR-Obmann einen Teil der Kollegen der Feuerwache, seinerzeit die Einführung dieses Plans verhindert haben zu wollen, was finanziell auf die Kosten des anderen Teils der Kollegen gegangen wäre. Das entspricht absolut nicht den Tatsachen. Es ist eine Diffamierung und soll Zwietracht unter den Kollegen säen. Solche Methoden der Aufspaltung der Arbeiter sind nicht neu, müssen aber entschieden zurückgewiesen werden.

Die Vorgeschichte dazu: Im Zuge der Arbeitszeitverkürzung und einer starken Zunahme der Arbeit bei der Feuerwache wurde Personal benötigt, hauptsächlich in den Tagschichten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wurden verschiedene Überlegungen angestellt, die dann zur Einführung des erwähnten Schichtplans führten. Dagegen setzten sich einheitlich und geschlossen alle Kollegen zur Wehr - auch die damals der Feuerwache neu zugeteilten -, weil damit ein erheblicher Lohnverlust verbunden war, jährlich bis zu 7.000 Schilling. Ziel dieses Kampfes war, den Lohnverlust zu verhindern. Der SP-Betriebsratsobmann hat diesen Kampf nicht unterstützt, genausowenig wie die anderen Betriebsratsfraktionen. Er hat über die Kollegen hinweg eine entsprechende Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Der Lohnverlust wurde nur zu einem geringen Teil abgegolten.

Nach Aussage eines Rechtsberaters der Arbeiterkammer wäre zwar nicht die Schichtplanänderung aufzuhalten gewesen (was die Kollegen der Feuerwache auch akzeptierten), wohl aber wäre ein Lohnverlust zu verhindern gewesen. Noch dazu, wo das Problem aus einer betrieblichen Notwendigkeit entstanden ist und bei ähnlichen (allerdings "höher" gelegenen) Fällen in der ÖMV durchaus keine finanziellen Nachteile entstanden waren. Niemals war die Rede davon, daß ein Teil der Feuerwehrkollegen nur Tagdienst machen sollte, was tatsächlich finanzielle Nachteile gebracht hätte. Wenn der BR-Obmann nun eine solche Behauptung aufstellt, mit der die Kollegen aufgespalten werden sollen, so wohl nur, weil er nicht verwinden kann, daß ihm die betroffenen Kollegen damals kräftig ihre Meinung gesagt haben. ●

Der 1. Mai in Wien...

Der 1. Mai 1974 in Wien war von zwei Tatsachen gekennzeichnet, die eine tiefe politische Bedeutung haben, selbst wenn das auf den ersten Blick nicht so erscheinen mag: Die SPÖ-Führung nahm den Tod des Bundespräsidenten Jonas zum Anlaß, um die 1.-Mai-Demonstration dieser Partei abzusagen; andererseits brachte er deutlich sichtbar die Bestrebungen um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten zum Ausdruck. Das fand seinen Niederschlag in einer gemeinsamen Kundgebung und Demonstration der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter und des Kommunistischen Bundes Wien sowie dessen Studenten- und Schülerorganisationen MLS und RSB.

Für die Marxisten-Leninisten ist das Wesen der SP-Führer längst klar. Als bürokratische Kapitalisten sind sie direkt an der Ausbeutung des werktätigen Volkes interessiert und beteiligt. Im kapitalistischen Staatsapparat haben sie sich starke Machtpositionen gesichert und sie üben auf Grund der Tradition dieser Partei einen beherrschenden Einfluß auf die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft aus. Mit einer Flut von demagogischen Phrasen versuchen die SP-Führer ihr wahres Wesen vor ihren Anhängern zu verbergen. Gleichzeitig sind sie bemüht, jedes klassenbewußte Denken aus den Arbeiterhirnen zu verbannen. Deshalb war ihnen die traditionelle Maidemonstration schon lange ein äußerst mißliebiger Dorn im Auge. Der Tod des Bundespräsidenten war daher der willkommene Grund, die Arbeiter damit vertraut zu machen, daß es keinen SPÖ-Aufmarsch am 1. Mai mehr gibt. Möglicherweise werden die SP-Bonzen aus taktischen Gründen im Wahljahr 1975 wieder eine Demonstration durchführen, aber der Grundstein zur endgültigen Abschaffung ist gelegt. Zweifellos werden das klassenbewußte SPÖ-Arbeiter nicht so ohne weiteres hinnehmen. Daraus werden sich Ansatzpunkte für die Marxisten-Leninisten ergeben, die notwendige und bedingungslose Orientierung auf den wissenschaftlichen Sozialismus diesen SP-Genossen näherzubringen.

Entscheidend für die Gewinnung der SPÖ-Arbeiter wird es sein, daß der Kampf um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten erfolgreich durchgeführt wird. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um im Zuge der Entwicklung des Klassenkampfes die Schaffung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Angriff nehmen zu können.

Am 1. Mai ist ein Erfolg des Kampfes um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten sichtbar geworden. Es gilt diesen Kampf verstärkt weiterzuführen. Am 1. Mai hat eine von kämpferischem Geist und Zuversicht beherrschte gemeinsame Kundgebung und Demonstration der Wiener Marxisten-Leninisten stattgefunden, die für die Zukunft äußerst erfolgversprechend war. Daran kann es nichts ändern, daß da und dort an der Klarheit der Aussagen noch gefeilt werden muß, daß natürlich mit einem Schlag nicht alle Meinungsverschiedenheiten in bestimmten taktischen Fragen ausgeräumt werden können. Auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen werden wir aber auch im Kampf um die Einheit erfolgreich sein! ⇨

MAO TSETUNG

AUSGEWÄHLTE WERKE (BAND III)

Dieser Band enthält 31 Schriften von Genossen Mao Tsetung aus der Zeit vom März 1941 bis August 1945, als im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression der endgültige Sieg errungen wurde. **(348 Seiten) S 30,—**

MAO TSETUNG

AUSGEWÄHLTE WERKE (BAND IV)

Dieser Band enthält 70 Schriften von Genossen Mao Tsetung aus der Zeit des Dritten Revolutionären Bürgerkriegs (vom August 1945 bis September 1949). **(496 Seiten) S 40,—**

MAO TSETUNG

AUSGEWÄHLTE MILITÄRISCHE SCHRIFTEN

„Ausgewählte militärische Schriften von Mao Tsetung" umfaßt 29 militärische Schriften aus den „Ausgewählten Werken Mao Tsetungs", Band I-IV.

S 30,-

Bestellungen an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3

...und in Vorarlberg

"Wir führen unseren Kampf in Vorarlberg unter äußerst schwierigen Bedingungen durch. In zunehmendem Maße sehen wir aber, daß unsere Ansichten und Argumente Verständnis finden, äußern die arbeitenden Menschen immer mehr ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Das zeigt, daß die objektive Lage für die revolutionäre Bewegung auch in Österreich günstig ist."

Diese Worte verwendete der Vorsitzende der 1.-Mai-Versammlung der VRA in Bregenz in seiner Einleitung. Und die Versammlung selbst war eine Widerspiegelung davon. Sie war von hohem revolutionärem Bewußtsein gekennzeichnet und hatte ausgesprochenen proletarischen Charakter: "Diese 1.-Mai-Versammlung ist ein überzeugender Beweis für die gewaltige Lebens- und Überzeugungskraft des wissenschaftlichen Sozialismus. Auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, der Maotsetungideen entwickeln sich immer neue Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse." Dies sagte einleitend zu seiner Rede der Obmann der VRA.

In ihrem Kampf haben die VRA-Genossen in Vorarlberg von Anfang an wertvolle Erfahrungen gesammelt, die weit über den Rahmen unserer Vorarlberger Landesgruppe hinausgingen und maßgeblich zur Herausarbeitung der richtigen politischen Linie unserer Organisation beitrugen.

Der Klassenkampf in Vorarlberg ist schwer. Aber durch ihr beharrliches Auftreten haben die Genossen Erfolge erzielt, was für die Vorarlberger Unternehmer der Anlaß war, der "gut organisierten Linken" den Kampf anzusagen. Im Verein mit den Revisionisten versuchten sie, unsere Vorarlberger Organisation zu zerschlagen. Dabei konnten sie sich auf einige unerfahrene und ihrer klassenmäßigen Herkunft nach z.T. kleinbürgerliche Jugendliche stützen, die sich unserer Vorarlberger Gruppe genähert hatten. Als deren Hauptsprecher trat damals ein kleinbürgerlicher Pseudorevolutionär auf, der glaubte, den Marxismus-Leninismus für sich gepachtet zu haben. In einem entschiedenen ideologischen Kampf wurde dieser Angriff zurückgewiesen.

Indem die Vorarlberger Genossen sich an unserer grundlegenden Linie orientierten, daß die Basis unserer Tätigkeit die Betriebe sind, gelang es ihnen, die Landesgruppe zu festigen und zu stärken. Die 1.-Mai-Veranstaltung war ein sichtbarer Ausdruck dafür.

Der revolutionäre Weg ist keine gerade Landstraße. Es wird immer wieder Windungen und Wendungen geben, immer wieder können Widrigkeiten auftreten, die unsere Tätigkeit erschweren. Aber wenn man auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen den Kampf führt, dann werden alle Schwierigkeiten überwunden und immer wieder neue Erfolge erzielt. Das hat sich in Vorarlberg gezeigt. ●

„Lehnt niemals die Kleinarbeit ab, denn aus dem Kleinen entsteht das Große — darin besteht eins der wichtigsten Vermächtnisse Lenins." J. Stalin, 21. Jänner 1925

Gesunde Wachsamkeit oder krankhaftes Mißtrauen?



Nach dem 1.Mai haben wir einen Leserbrief erhalten, in dem sozusagen eine "Warnung" enthalten ist: Die revolutionären Arbeiter mögen sich davor hüten, daß aus der Einheitsfront mit dem Kommunistischen Bund Wien eine "Studentenpartei" herauskomme. Unter Berufung auf Lenin wird in diesem Brief auf die Wankelmütigkeit der Intellektuellen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft hingewiesen. Demgegenüber wird die konsequente Haltung und Disziplin der klassenbewußten Arbeiter hervorgehoben.

Wir haben nichts gegen proletarische revolutionäre Wachsamkeit. Im Gegenteil: Wir bemühen uns stets bei Geschmeidigkeit in der Taktik, die prinzipielle Linie des Marxismus-Leninismus unentwegt einzuhalten. Wachsamkeit darf aber nicht zu Mißtrauen ausarten - was ja dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen und zu Sektierertum führen würde.

Unsere Bemühungen um ein einheitliches Auftreten und möglichst umfangreiches Zusammengehen mit anderen ehrlichen marxistisch-leninistischen Gruppen in Österreich dürfen nicht so gesehen werden, als würden wir in einem eventuellen Zusammenschluß dieser Gruppen schon die Schaffung der revolutionären Partei des Proletariats sehen. Sie dienen vielmehr dem Ziel, daß sich "die Arbeiterklasse.... eine eigene Partei schafft, die sie in den Kampf und in den Sozialismus führt" und in der sich "die klassenbewußtesten Arbeiter und die revolutionären Menschen aus den anderen Teilen des Volkes.... zusammenschließen". So steht es auch in unserem gemeinsamen Maiaufruf. In unserer Artikelserie "Über die Perspektiven der revolutionären Bewegung in Österreich" haben wir ausführlich und klar dargelegt, daß die klassenbewußten Betriebsarbeiter die Massenbasis der neuen revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse sein muß.

Wir haben in dieser Artikelserie aber auch davon gesprochen, daß die fortschrittliche Jugend, vor allem die studentische, unter den heutigen Bedingungen die Vorhut der revolutionären Bewegung ist. Das ist eine ganz normale Erscheinung, nicht nur heute und in Österreich. Lenin und Mao Tsetung haben wiederholt darauf hingewiesen. Gerade der 1.Mai in Wien hat das vor aller Augen neuerlich bestätigt. Worauf es allerdings ankommt ist, daß sich diese Jugend aufs engste mit der Arbeiterschaft verbindet und restlos den Klasseninteressen des Proletariats unterordnet. Diesbezüglich gibt es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und KB Wien.

Wir sind davon überzeugt, daß wir im Zuge des gemeinsamen Kampfes um die Einheit der marxisitsch-leninistischen Gruppen noch bestehende Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen überwinden werden.

Der Kampf um diese Einheit ist unvermeidlich auch ein Kampf gegen die Gegner der Einheit. Denn der Klassenfeind wird immer danach trachten, die Einheit der revolutionären Kräfte zu spalten. Das liegt in seinem Lebensinteresse. Das zeigt sich ganz offen in der Unterstützung, die er verschiedenen angeblich "linken" Gruppierungen (wie den Trotzkisten) angedeihen läßt.

Unterbewußt dient man in dieser Hinsicht dem Klassenfeind, wenn man Mißtrauen sät, das mit Wachsamkeit verwechselt wird. ●